



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN
Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 20.03.2024 -10

**VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zur Zunahme von Gewaltdelikten an Schulen:
„Dramatischer Anstieg von Gewalt in Schulen endlich ernst nehmen“
- VBE fordert bundesweit einheitliche Erfassung von Gewaltdelikten an Schulen -**

„Der erneute dramatische Anstieg von Gewaltvorkommnissen gegen Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler um mehr als 600 Fällen auf nunmehr 3300 (+22,2%) erreicht in Niedersachsen erneut einen traurigen Höchststand. Wann wachen die politisch Verantwortlichen endlich auf und handeln entschlossen, statt wieder mal „nur“ erschrocken zu sein und ihr Mitgefühl mit den Opfern zu versichern?“, so Meyer in seiner Kommentierung der aktuellen NDR-Meldung über die neuesten Zahlen des Landeskriminalamtes.

Der VBE begleitet das Thema schon seit vielen Jahren. Die repräsentativen Umfragen unter Lehrkräften und Schulleitungen, die der VBE-Bund seit 2016 in regelmäßigen Abständen durchführt, bestätigen einen Anstieg der Gewalt an unseren Schulen. Wir sehen allgemein eine Verrohung des Miteinanders und der Umgangsformen. Ebenso sehen wir den zunehmenden Rechtsruck und die damit verbundene Gewalt, die auch unsere Schulen nicht verschont. In der Coronazeit und der Wiedereröffnung der Schulen kam es immer wieder zu Vorfällen, in denen Lehrkräfte und Schulleitungen Opfer von Gewalt wurden, nur weil sie die staatlich angeordneten Hygienemaßnahmen umsetzen.

Meyer weiter: „Es kann nicht sein, dass 34 bzw. 30 Prozent der Schulleitungen in unserer letzten Umfrage angaben, dass die Schulministerien oder die Schulverwaltung sich des Themas nicht ausreichend annehmen würden und 19 Prozent zurückmeldeten, dass die Meldung von Gewaltvorfällen von den Schulbehörden nicht gewünscht sei.“

Es gibt leider bisher keine einheitlichen bundesweiten Zahlen zu Gewaltvorfällen in Schulen aus den Bundesländern. Dies fordert der VBE von Niedersachsen schon seit Jahren. In der aktuellen Debatte zeigt sich einmal mehr, dass die Politik das Ausmaß des Problems gar nicht einschätzen kann oder will. Hier braucht es dringend bundeseinheitliche statistische Erfassungen, um zielgenau mit zusätzlicher personeller Unterstützung und Präventionsprogrammen den besonders betroffenen Schulen schnell helfen zu können.

Meyer abschließend: „Die Formen der Gewalt sind vielfältig und reichen von körperlichen Übergriffen über psychischen Attacken wie Beleidigungen, Telefonterror, Stalking und Hassmails bis hin zu Cybermobbing.

Die Opfer bleiben oft hilflos zurück und fühlen sich vom Dienstherrn im Stich gelassen. Dabei ist es seine erste Pflicht, sich schützend vor Lehrkräfte und Schulleitungen zu stellen und die Unversehrtheit aller an Schule beteiligten Personen sicherzustellen. Wenn Vorgesetzte sich der Gewalt gegen Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend annehmen, ist das in meinen Augen ein Dienstvergehen.“